

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Ungeheilte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter und Postfachbesitzer, welche die Zeitung abholen, erhalten die Zeitung kostenlos. Die Zeitung wird auch an die Adressierten in die Post gebracht. Die Zeitung wird auch an die Adressierten in die Post gebracht. Die Zeitung wird auch an die Adressierten in die Post gebracht.

Abzugspreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Raumzeile im täglichen Teil 1 RM. Nachmittagsgebühr 20 Reichspfennige. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben über keine Garantie. Jeder Abbestellungsdruck erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 228 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 29. September 1933

Deutschland will den Frieden Europas.

Reichsminister Dr. Goebbels spricht zur Weltpresse.

Aber die Aufgaben des nationalsozialistischen Deutschland für den Völkfrieden.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels empfing in Genf im Hotel Carlton die gesamte internationale Presse. In dieser Fühlungnahme mit der Welt und der Bundesversammlung versammelten Weltpresse lag einer der wesentlichsten Beweggründe für den Genfer Aufenthalt des Reichspropagandaministers.

Das Hotel Carlton zeigt ein außergewöhnliches Bild. Selten ist die internationale Zeitungswelt so vollständig zu einem Empfang erschienen. Auf Grund persönlicher Einladungen hatten sich über 200 Journalisten aus allen Ländern eingefunden.

Dr. Goebbels beginnt mit einigen freundlichen Worten für die Gastfreundschaft der Schweiz und der Stadt Genf, die ihm diese Gelegenheit geboten habe, mit der Weltpresse in persönlicher Fühlungnahme zu treten.

Er spricht dann zu dem Hauptthema des Presseempfangs: „Das nationalsozialistische Deutschland und seine Aufgaben für den Frieden der Völker“. Die Rede wird gleichzeitig in französischer und englischer Sprache an die Presse verteilt. Der Minister spricht jedoch, seiner Gewohnheit entsprechend, frei mit dem ihm eigenen ungewöhnlich klaren Temperament. Die Zuhörer sind sofort gefesselt.

„Mit Schmerz und Enttäuschung hat das deutsche Volk in den vergangenen Monaten die Beobachtung gemacht, daß das Werden des nationalsozialistischen Staates und seine positive Rückwirkung auf die wirtschaftliche und politische Gestaltung der deutschen Nation in der Welt vielfach Verstandnislosigkeit, Mißtrauen oder gar Ablehnung gefunden hat. Das deutsche Volk ist sich aber im klaren darüber, daß das nicht nur auf Mangel an gutem Willen seitens der öffentlichen Meinung der Welt zurückzuführen werden kann. Das Problem des Nationalsozialismus ist so neuartig und seine praktische Ausgestaltung in Deutschland selbst für die Welt so ohne Vorgang, daß es einer intensiven Beschäftigung mit ihm bedarf, um dafür Verständnis oder gar Wohlwollen aufbringen zu können.

Schon vor ihrer Machtübernahme war die nationalsozialistische Bewegung die weitaus größte und mit ihrem Massenanhang einflußreichste Partei des parlamentarischen Deutschlands.

Sie wurde legal in die Verantwortung berufen, und sie hat weiterhin legal ihre Machtposition ausgebaut. Es stand ihr nach dem 30. Januar frei, nach eigenem Gutdünken und ohne Befragung des Volkes zu handeln. Sie hat das nicht getan, sondern im Gegenteil durch eine Befragung des Volkes sich auch die Sicherheiten geschaffen, die im Rahmen des demokratischen Staates für ihre spätere Ausübung notwendig waren. Von Terror und Gewaltanwendung konnte dabei keine Rede sein. Es hat in Deutschland nie als eine Regierung gegeben, die sich so wie die nationalsozialistische auf ihre Überbestimmung mit den breitesten Volksmassen berufen konnte. Würden wir nach den Regeln der Demokratie das Volk auf neue Befragung, mindestens 75 bis 85 Prozent der deutschen Nation würden sich im freien Willen zu dieser Regierung bekennen.

Wir übernehmen die Macht in einem Zeitpunkt, in dem die Arbeitslosigkeit in Deutschland ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, in dem der Bolschewismus drohend vor den Toren des Reiches stand, und die weltanschauliche Krise des deutschen Volkes schon zur Verdrängung jeder nationalen Bindung geführt hatte. Wen kann es da Wunder nehmen, daß die nationalsozialistische Führung erst alles daran setzte, das Gefühl der Verzweiflung, das in Deutschland breiteste Areal des Volkes ergriffen hatte, durch einen neuen gläubigen Optimismus zu überwinden! Vielleicht werden andere Völker früher oder später an diesem Beispiel lernen, daß es in Zeiten größter Krisen notwendig ist, alle Kräfte auf ein einheitliches Ziel zu konzentrieren.

Der Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung zur Macht war während ihrer Opposition eine einzige fortwährende Auseinandersetzung mit dem Problem des Marxismus bzw. des Bolschewismus. Wir glauben und

ein Verdienst um die Zukunft Europas dadurch erworben zu haben, daß wir in Deutschland einen festen Ball gegen die Anarchie und gegen das Chaos aufstellten, zumal wir wußten, daß, versiehe ihm Deutschland, an den Grenzen unseres Landes ihm

nicht mehr halt geboten werden könnte — die ganze abendländische Kulturwelt würde unter seiner Sturmflut begraben werden.

Wenn die deutsche Regierung unser Volk vor dem Schicksal der asiatischen Anarchie bewahrt, wenn sie ihre asozialen Träger aus der Gemeinschaft des Volkes ausschloß und in Konzentrationslagern wieder zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen versuchte, so ist das ein Akt der Notwehr, der in Anbetracht der Größe der akuten Gefahr doch noch mit den humansten Mitteln durchgeführt wurde.

Es steht jedem Ausländer frei, deutsche Konzentrationslager zu besuchen, um sich ein Bild davon zu machen, daß hier alles andere als Grausamkeit und Brutalität obwaltet. Wie segensreich sich unsere Maßnahmen für die Sicherheit und den inneren Frieden des deutschen Volkes ausgewirkt haben, mag man daraus ersehen, daß in ihrer Auswirkung Deutschland den inneren Frieden wiedergefunden hat, daß die Atomisierung des deutschen Volkes durch seine politischen Parteien beendet wurde und damit die Stabilität der deutschen Machtverhältnisse nach innen und nach außen gewährleistet ist.

Neutrale Beobachter, die, geladen mit Mißtrauen, deutschen Boden betreten, haben mit nach wenigen Tagen des Studiums unserer inneren Verhältnisse immer wieder versichert, daß das hervorstechendste Merkmal für den deutschen Zustand die Tatsache sei, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wieder

mit gläubigem Vertrauen hinter seiner Regierung steht, daß es die Disziplinierung, die sie zur Überwindung der Not unternahm, nicht nur billige, sondern freudigen Herzens mitmache.

Kann denn jemand im Ernst glauben, daß über 60 Millionen Menschen, das ein ganzes Volk, das immerhin nicht zu den schlechtesten der Welt gehört, vom Launen des Wahnsinns befallen wäre, und meint man, daß eine Regierung, die die Macht besitzt, sich auch die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes durch Gewalt und Terror erringen könnte?

Die Welt hat aber allen Grund, sich ehrlich und unvoreingenommen mit dieser neuartigen Erscheinungsform der Staatsgestaltung auseinanderzusetzen, die keine andere Absicht verfolgt, als Deutschland mit eigenen Mitteln aus der Krise zu lösen und damit aus den Sorgen der Welt zu entlassen. Wir haben den Mut, dem Volke die wenn auch schwere Wahrheit zu sagen, und erleben das Glück, daß das Volk uns versteht. Einer der am häufigsten gegen das nationale Deutschland erhobenen Vorwürfe ist der, daß seine Behandlung der

Judenfrage den Gesetzen der Humanität zuwiderlaufe und deshalb in der ganzen Welt auf Verständnislosigkeit gestoßen sei. Ich siehe nicht an, offen zuzugeben, daß im Verlauf der nationalen Revolution in Deutschland gelegentlich Übergriffe seitens unkontrollierbarer Elemente geschehen sind. Das aber ist nicht das Ausschlaggebende. Wenn die deutsche Regierung die Auseinandersetzung mit der Judenfrage auf gesetzmäßigen Wege vornahm, so wählte sie dabei die humane und loyalste Methode. Nichts liegt dem Nationalsozialismus ferner, als eine billige Sache zu nehmen. Er hätte dazu die Macht und die Möglichkeit gehabt. Wenn er es nicht tat, so aus dem klaren Willen heraus, eine tatsächliche und praktische Lösung der Judenfrage zu finden, die zu einer endgültigen Klärung führen könnte.

Unerschütterlich aber scheint es uns, daß die Grenzmärchen, die seitens jüdischer Emigranten im Auslande verbreitet werden, gar zu den alten bisherigen Gepflogenheiten der öffentlichen Meinung hohnsprechenden Unterstellung führten, die Mitglieder der deutschen Regierung selbst hätten aus Parteigründen den Reichstag in Brand gesetzt — eine Unterstellung, die unbefehlet von einem Teil der Weltpresse mit übernommen wurde. Es würde nicht nur dem deutschen Volke, sondern der ganzen Welt zum Segen gereichen, wenn die Kritik an den Vorgängen in Deutschland sich auf das wirklich Tatsächliche beschränkte und von vornherein jede gesinnungsmäßige Antipathie ausschaltete.

Wir haben in keiner Beziehung die Wahrheit zu schonen; wir möchten aber wünschen und hoffen, daß der ehrliche Kampf um die Wahrheit nicht von vornherein vergiftet wird, durch fast grotesk anmutende Behauptungen, die einer objektiven Prüfung nicht im mindesten standzuhalten vermögen.

In dieses Gebiet gehört auch der Vorwurf, das neue Deutschland betreibe eine geistige Expansionspolitik, die nur der Vorbereitung für eine spätere nachtmäßige Expansionspolitik diene. Nichts liegt uns ferner, als aus dem Nationalsozialismus einen gängigen Weltartikel

Der Kanzler spricht zu den Reichsstatthaltern in Berlin.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsstatthalter waren am 28. September in Berlin zu einer gemeinsamen Aussprache versammelt, die bereits am Vormittag im Reichsministerium des Innern begann und am Nachmittag in der Reichskanzlei ihre Fortsetzung fand. Hier sprach Reichskanzler Adolf Hitler in mehrstündigen Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Lage und umriß die besonderen Aufgaben der Reichsstatthalter, die in jedem Falle die Reichsautorität zu wahren und für die absolute Sicherheit der Verwaltung Sorge zu tragen hätten. Die Reichsstatthalter müsse aufgebaut werden auf den Faktoren, die die heutige Zeit repräsentieren. Dies gelte insbesondere auch für das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, zwischen Staat und Partei. Alle revolutionären Erscheinungen, die sich in wilder Form ohne nationalsozialistische Zielsetzung äußern, müßten restlos beseitigt werden. Der Reichskanzler legte den Reichsstatthaltern die seelische und geistige Erziehung des Volkes als eine Hauptaufgabe besonders dringend ans Herz und betonte die Grundsätze, nach denen die Reichspolitik von dieser Erkenntnis aus geführt werden müsse, für deren Innehaltung die Reichsstatthalter ihm gegenüber verantwortlich seien.

An der Tagung nahmen sämtliche Reichsstatthalter, Reichsinnenminister Dr. Frick und die Staatssekretäre Dr. Lammer und Funk teil.

zu machen. Er ist eine typisch deutsche Erscheinung, die auch deshalb nur aus deutscher Umwelt, deutschem Charakter und deutscher Not erklärt werden kann. Zu glauben, daß wir mit ihm die Systeme anderer Völker unterhöhlen oder gefährden wollen, ist ebenso naiv wie kurzichtig. Abgesehen davon, daß das jeder geschichtlichen Erfahrung widerspricht, sind wir in seiner praktischen Ausgestaltung so sehr mit deutschen Problemen beschäftigt, daß es uns an Zeit und Anlaß fehlt, über die Grenzen unseres eigenen Landes hinaus eine mehr oder weniger weltweite Weltmission zu übernehmen. Wir haben als junge Deutsche

Achtung vor jedem anderen Volke, das sich seinem Charakter und seinen Aufgaben gemäß im Innern einrichtet, wir glauben aber nicht zuviel zu verlangen, wenn wir wünschen und hoffen, daß die Welt uns das selbe Maß von Achtung entgegenbringt bei dem, wenn auch neuartigen, so doch gewiß ehrlichen und nicht ganz erfolglosen Bemühen, von uns aus und für uns die Krise zu überwinden.

Verdient ein Volk, das nach einem verlorenen Kriege und schweren Erschütterungen moralischer, wirtschaftlicher und politischer Art sich wieder auf seine eigene Kraft besinnt und es dabei weder an Mut noch an Fleiß fehlen läßt, die Verachtung und die abweisende Kälte der übrigen Welt?

Was das junge Deutschland mit der Welt anzumachen hat, das ist einzig und allein die Frage seines nationalen Bestandes. Es erstrebt dabei eine Lösung von Dauer, die nicht an den Problemen vorbeiredet, sondern ihnen hart und unerbittlich in die Augen schaut. Das hat nichts mit Revanche oder Krieg zu tun. Es wäre gut, wenn diese beiden Worte aus der Unterhaltung der Völker vollends verschwänden. Wir wollen dem deutschen Volke Arbeit geben. Wir sind zur Lösung unserer wirtschaftlichen Krise des Friedens bedürftiger als jedes andere Land. Dem deutschen Willen zum Frieden aber für den Augenblick zwar zu vertrauen, und zu glauben, eine spätere Kriegsbereitschaft daraus folgern zu können, entspricht jener unfairen Art, ein großes Land mit Wissen und Willen wegen der Verdächtigung allein zu verdächtigen.

Der deutsche Kanzler hat den Krieg selbst als einfacher Gefreiter mitgemacht. Man nenne mir eine einzige Handlung dieses Kanzlers oder seiner Regierung, die auch nur den leisesten Verdacht rechtfertigt, daß sie sich mit kriegerischen Gelüsten trage! Ihr ganzes Aufbauprogramm ist von dem Geist des Friedens getragen. Es liegt nicht im Interesse irgendeines Volkes, daß dieses Deutschland weiterhin

als Nation zweiten Ranges behandelt wird und ihm die Möglichkeit seiner Verteidigung benommen bleibt, die es zur Aufrechterhaltung seiner nationalen Sicherheit nötig hat. Ungerecht und verkehrt wirkt es, die Begleitumstände der innerdeutschen Umwälzung als Argumente anzumünzen gegen die Forderungen deutscher Sicherheit, die von einer Regierung des Reiches, sie möge zusammengesetzt sein wie auch immer, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der ganzen Welt erhoben werden müssen. Während die Behandlung dieser internationalen